

Stoppt PABS jetzt!

Die Schweiz darf kein Erregerhandelsplatz werden

Interest of Justice schlägt Alarm - ein Brief an die Welt, übersetzt für die Schweiz

Das sogenannte **Pathogen Access and Benefit Sharing Framework** (PABS) mag auf den ersten Blick wie ein harmloser Verwaltungsmechanismus klingen, in Wahrheit ist es ein globales Kontrollinstrument, das die Schweiz direkt betrifft. Denn im Zentrum des WHO-Systems steht [ausgerechnet das Labor Spiez](#). Was früher als neutrales Forschungsinstitut galt, ist heute das Nadelöhr, durch das die gefährlichsten Erreger der Welt fließen, ob real oder digital. Damit wird Spiez zur Drehscheibe eines internationalen Geschäftsmodells, das Krankheit in bare Münze verwandelt und [nationale Souveränität aushebelt](#).

Während weltweit Juristen und Bürgerorganisationen auf fundamentale Rechtsbrüche hinweisen, spielt die Schweizer Regierung den braven Partner der WHO. Der Bundesrat, und mit ihm sein Sprachrohr, das BAG, übersieht geflissentlich jeden Hinweis auf völker- und verfassungswidrige Machenschaften, sobald diese aus Genf kommen.

Doch jetzt reicht's endgültig: Wenn PABS Realität wird, geht es nicht mehr um diplomatische Spielereien, sondern um die Preisgabe unserer Freiheit, Gesundheit und Rechtsstaatlichkeit.

Warum muss uns das alle interessieren?

Weil hierzulande längst Fakten geschaffen wurden: Die Schweiz hat bereits 2021 ein Abkommen mit der WHO unterschrieben und das Labor Spiez zum [ersten BioHub der Welt](#) gemacht. Ohne breite öffentliche Debatte wurde unser Land so zum Knotenpunkt für die globale Erreger-Logistik. Während die WHO von Solidarität und Sicherheit spricht, sichern sich Pharmakonzerne privilegierten Zugriff, und die Schweiz profitiert von geopolitischem Gewicht und lukrativen Verbindungen. Doch der Preis ist hoch: Unsere Neutralität wird zur Kulisse, während Gesundheit, Freiheit und Verfassung aufs Spiel gesetzt werden.

PABS ist kein technisches Detail am Rande, sondern das Betriebssystem des WHO-Pandemieabkommens. Es institutionalisiert die Monetarisierung von Pathogenen, macht Krankheit zur Ressource und die Bevölkerung zum Versuchslabor. Spiez liefert dafür die

Infrastruktur und das Gütesiegel der „wissenschaftlichen Seriosität“. Genau deshalb darf PABS nicht Realität werden. Denn [was hier installiert wird](#), betrifft uns alle, ob wir wollen oder nicht.

Ein Brief von Interest of Justice

Um diesen Missstand international sichtbar zu machen, wird [Interest of Justice](#) in den kommenden Tagen einen Brief an alle beteiligten Regierungen und Institutionen schicken. Darin werden die gravierenden verfassungs- und völkerrechtlichen Bedenken gegen PABS detailliert dargelegt.

Wir übersetzen diesen Brief ins Deutsche, damit auch die Schweizer Bevölkerung die Argumente nachvollziehen kann. Denn es geht nicht um ein fernes Detail diplomatischer Verträge. Es geht um unsere Gesundheit, unsere Freiheit und unsere Zukunft.

Hier die Übersetzung von uns:

Formelle Forderung zum Stopp des PATHOGEN ACCESS AND BENEFIT SHARING FRAMEWORK (PABS)

AN: Mitgliedsstaaten der Weltgesundheitsorganisation und nationale verfassungsmässige Behörden weltweit

VON: Bürger und juristische Verantwortungsträger zum Schutz der verfassungsmässigen Ordnung und der Menschenrechte

BETREFF: Verfassungs- und völkerrechtliche Einwände gegen das WHO-Pathogen Access and Benefit Sharing Framework

Dringende Stellungnahme des Widerspruchs

Wir, die unterzeichnenden Bürger, legen hiermit diese formelle Petition vor, in der wir uns gegen das *Pathogen Access and Benefit Sharing Framework* (PABS) der Weltgesundheitsorganisation aussprechen, dessen Abschluss in den finalen Verhandlungen vom 15.-19. September 2025 vorgesehen ist.

Dieses Rahmenwerk zielt darauf ab, systematische Verletzungen der verfassungsmässigen Ordnung und des Völkerrechts dauerhaft zu machen und zwar durch verbindliche internationale Vertragsverpflichtungen.

Die Dringlichkeit ist offensichtlich: Jüngste Entwicklungen zeigen grundlegende Widersprüche in der gegenwärtigen medizinischen Steuerung auf. Am 27. August 2025 zog das US-Gesundheitsministerium (HHS) seine Empfehlungen für den Einsatz von mRNA-Produkten bei gesunden Bevölkerungsgruppen zurück, während es dieselben Interventionen für vulnerable Gruppen weiterhin beibehält.

Dieser Widerspruch offenbart: Die Behörden wissen um die Schädlichkeit dieser Interventionen, verschleiern jedoch systematisch deren experimentellen Charakter, um die verfassungsmässige Pflicht zur Aufklärung und Einwilligung zu umgehen.

Die Verhandlungsrunde vom 15.-19. September 2025 ist daher das letzte Zeitfenster, um zu verhindern, dass diese systematischen Rechtsverletzungen dauerhaft weltweit legalisiert werden.

Was das PABS-Rahmenwerk tatsächlich bewirkt

Das PABS-Rahmenwerk institutionalisiert, durch einen verbindlichen internationalen Vertrag, genau jene experimentellen medizinischen Programme, die weltweit zunehmend vor den Schranken der Verfassungsgerichte scheitern:

- **Verpflichtende Unternehmensabgaben:** Pharmaunternehmen müssen „20 Prozent ihrer Produktion von medizinischen Gegenmassnahmen“ während von der WHO ausgerufenen Notfällen an die WHO abtreten.
- **Notfallbefugnis der WHO:** WHO-Funktionäre erhalten einseitige Befugnis, zu bestimmen, wann „Erreger-Notlagen“ solche verpflichtenden Abgaben rechtfertigen, auch dann, wenn nationale Behörden zu einer gegenteiligen Einschätzung gelangen.
- **Verfassungsübersteuerung:** Das Rahmenwerk schafft bindende internationale Verpflichtungen, die nationale Behörden daran hindern, ihre Bürger zu schützen, wenn sie feststellen, dass experimentelle Interventionen unvermeidbare Risiken bergen.

Das Grundproblem: Wenn nationale Behörden zu dem Schluss kommen, dass experimentelle medizinische Interventionen unsicher sind (*wie dies die USA im Fall gesunder Bevölkerungsgruppen getan haben*), würden die Verpflichtungen aus dem PABS-

Vertrag verhindern, dass solche Feststellungen irgendeinen Einfluss auf die weltweite Verteilung haben. Damit wird nationale Souveränität systematisch untergraben und verfassungsmässige Ordnung ausgehebelt.

Warum PABS geltendes Recht verletzt

Verstösse gegen den Nürnberger Kodex

Die aktuellen experimentellen medizinischen Rahmenwerke verletzen systematisch das Völkerrecht, und zwar durch eine koordinierte Täuschung, die darauf abzielt, die Anforderungen der informierten Einwilligung zu umgehen. Regulierungsbehörden bezeichnen experimentelle Gentherapieprodukte als „Impfstoffe“, um zu vermeiden, die Empfänger darüber zu informieren, dass sie Teil laufender klinischer Untersuchungen sind. Die Bürger erfuhren nicht, dass sie an klinischen Versuchen mit unbekanntem Langzeitfolgen teilnahmen, dass sie experimentellen genetischen Modifikationstechnologien ausgesetzt waren oder dass dabei völlig neuartige Mechanismen zur Produktion pathogener Proteine in ihren Zellen eingesetzt wurden.

Institutionelle Unfähigkeit

Wenn Gesundheitsbehörden durch Gerichte verpflichtet werden, Beweise für die Sicherheit ihrer experimentellen Programme vorzulegen, verweigern sie dies systematisch. In Costa Rica konnten weder die Gesundheitsbehörden noch die WHO Beweise für die Sicherheit erbringen, als sie vor verfassungsrechtliche Verfahren gestellt wurden. Das Ergebnis: ein vollständiger Verwaltungsstillstand über mehr als drei Monate hinweg.

Unmöglichkeit der Vertragsbildung

Die Wiener Vertragsrechtskonvention stellt klar: Staaten können nicht durch Verträge gebunden werden, die gegen ihr innerstaatliches Verfassungsrecht verstossen oder durch systematische Täuschung zustande gekommen sind. Die absichtliche Fehldarstellung experimenteller Gentherapien als herkömmliche Impfstoffe, um die Pflicht zur informierten Einwilligung zu umgehen, stellt Betrug dar und entzieht der geplanten Vertragsbildung jede Rechtsgrundlage.

Dokumentierte Belege für Verfassungsbrüche

Diagnose-Betrug:

Das Corman-Drosten-Protokoll, das die WHO zur Grundlage ihrer PCR-Diagnostik machte,

wurde innerhalb von nur 24 Stunden veröffentlicht und akzeptiert, trotz grundlegender wissenschaftlicher Mängel, einschliesslich fehlender Validierung. Diese überstürzte Zulassung ermöglichte die weltweite Einführung fehlerhafter Testverfahren, die als Vorwand dienten, um experimentelle medizinische Interventionen zu rechtfertigen.

Systematische Verletzungen der informierten Einwilligung:

Dokumentierte Belege zeigen, dass entscheidende Informationen systematisch vorenthalten wurden: der experimentelle Charakter der Interventionen, unbekannte Verteilungsmuster im Körper, DNA-Kontaminationen über den regulatorischen Sicherheitsgrenzen sowie neuartige Mechanismen zellulärer Veränderungen.

Versagen der WHO vor Gericht:

Immer wenn WHO-Vertreter in Gerichtsverfahren Beweise für ihre Autorität vorlegen sollten, sind sie in Verzug geraten oder haben gar nicht reagiert. Dieses Verhalten belegt eine grundlegende Unfähigkeit der WHO, rechtlich bindende Verpflichtungen im Bereich experimenteller medizinischer Eingriffe zu begründen.

Mangel an Transparenz bei der Umsetzung:

Die praktische Durchführung von PABS soll über private Verträge zwischen WHO und Herstellern erfolgen, die weder der öffentlichen Kontrolle noch einer Mitbestimmung durch die betroffenen Bevölkerungen unterliegen. Obwohl diese Verträge auf verpflichtenden Abgaben der Hersteller beruhen und globale Gesundheitspolitik unmittelbar beeinflussen, bleibt jede demokratische Aufsicht ausgeschlossen.

Verfassungsmässige Forderungen für sofortige Massnahmen

Auf Grundlage der umfassend dokumentierten Verstösse gegen Verfassungsrecht und Völkerrecht fordern wir umgehendes staatliches Handeln:

- 1. Sofortige Aussetzung der PABS-Verhandlungen**
 - solange keine verfassungsmässige Prüfung erfolgt ist und grundlegende Kompetenzstreitigkeiten, die derzeit vor Gerichten verhandelt werden, geklärt sind.
- 2. Umsetzung transparenter Anforderungen an die informierte Einwilligung**
 - in Übereinstimmung mit den geltenden internationalen Standards, einschliesslich der verpflichtenden Offenlegung, dass es sich bei den aktuellen Produkten um experimentelle Präparate mit unbekanntem Langzeitfolgen handelt.
- 3. Verfassungsgerichtliche Überprüfung**
 - aller durch internationale Gesundheitsabkommen aufgeworfenen Fragen, die

systematisch nationale Verfassungsschutzmechanismen umgehen, indem sie auf Notstandserklärungen und völkerrechtliche Verträge gestützt werden.

4. **Schutz der nationalen Souveränität**

- durch konsequente Weigerung, internationale Vereinbarungen zu akzeptieren, die gegen die verfassungsmässigen Anforderungen an rechtmässige Staatsgewalt und den Schutz der individuellen Grundrechte verstossen.

Die grundlegende Entscheidung, vor der Regierungen stehen

Das PABS-Rahmenwerk stellt Regierungen vor eine fundamentale Wahl:

- **Entweder:** Verfassungsmässige Ordnung, die durch etablierte Rechtsprozesse garantiert wird und individuelle Rechte sowie nationale Souveränität schützt.
- **Oder:** Internationale Bürokratieherrschaft, die solche Schutzmechanismen systematisch umgeht, mittels Vertragsverpflichtungen, die gezielt darauf ausgelegt sind, verfassungsrechtliche Verantwortlichkeit auszuschalten.

Diese Entscheidung bestimmt, ob:

- Notstandserklärungen dauerhaft dazu genutzt werden können, verfassungsmässige Garantien ausser Kraft zu setzen.
- Experimentelle medizinische Eingriffe ohne informierte Einwilligung durchgeführt werden dürfen.
- Internationale Abkommen nationale Souveränität übersteuern können - und zwar durch Mechanismen, die eigens entwickelt wurden, um legitime demokratische Aufsicht auszuhebeln.

Rechtsgrundlagen, die eine Vertragsbildung verhindern

- **Wiener Vertragsrechtskonvention:**

Die Artikel 26, 46, 48 und 53 legen verbindlich fest: Verträge müssen nach Treu und Glauben erfüllt werden, dürfen nicht gegen innerstaatliches Recht verstossen, nicht durch Täuschung zustande kommen und keine fundamentalen Normen des Völkerrechts verletzen. Genau diese Prinzipien wird PABS systematisch missachten.

- **Internationale Menschenrechtsverpflichtungen:**

Der *Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte*, Artikel 7, der Nürnberger Kodex sowie die Deklaration von Helsinki verbieten zwingend jede medizinische Menschenversuche ohne freie und informierte Zustimmung. PABS würde diese Prinzipien unterlaufen und in ein dauerhaftes System institutionalisieren.

- **WHO-Verfassung:**

Selbst die eigene Verfassung der Weltgesundheitsorganisation verlangt institutionelle Unabhängigkeit. PABS bricht dieses Prinzip, da es die WHO systematisch mit privaten Pharmaunternehmen verflucht – was Interessenkonflikte schafft, bei denen kommerzielle Gewinne über die öffentliche Gesundheit gestellt werden.

Schlussfolgerung und formelle Bürgerforderung

Wir stellen fest: Die dokumentierten verfassungsrechtlichen Mängel und völkerrechtlichen Verstösse, die dem PABS-Rahmenwerk zugrunde liegen, machen dessen Umsetzung innerhalb rechtsstaatlicher Systeme unmöglich. PABS ist zudem unvereinbar mit den grundlegenden Prinzipien des Völkerrechts, die legitime Staatsgewalt und den Schutz der Menschenrechte gewährleisten.

Die Verhandlungen vom 15.–19. September 2025 stellen die letzte Gelegenheit dar, verfassungsmässige Schranken durchzusetzen, bevor diplomatischer Konsens in verbindliche internationale Verpflichtungen überführt wird. Verpflichtungen, die nationale Souveränität und individuelle Grundrechte verletzen würden.

Mit dieser formellen Petition bringen wir dokumentierten öffentlichen Widerspruch gegen die dauerhafte Institutionalisierung medizinischer Menschenversuche durch völkerrechtliche Verträge zum Ausdruck. Damit erhalten staatliche Entscheidungsträger ein klares Mandat der Bürger, verfassungsmässige Prinzipien zu wahren und internationalem Druck zur Teilnahme an diesem Vertragswerk standhaft zu widerstehen.

Wir, die unterzeichnenden Bürger, fordern unsere Regierungen deshalb nachdrücklich auf: **die Teilnahme an den PABS-Verhandlungen sofort auszusetzen und jede vertragliche Bindung zu verweigern, die systematisch gegen die Grundsätze der Verfassung, der informierten Einwilligung und des Schutzes individueller Rechte verstösst.**

Die Schweiz mittendrin und nicht unschuldig

Während Bürger weltweit Alarm schlagen und **Interest of Justice** Regierungen auffordert, die PABS-Verhandlungen sofort zu stoppen, präsentiert sich die Schweiz als fleissige Helferin der WHO. Im August 2025 legt sie einen „[strukturierten Fragenkatalog](#)“ vor und schlägt eine *Simulation in Spiez* vor, ausgerechnet in diesem Labor, das längst BioHub und Schaltzentrale für den globalen Erregerhandel ist

Stoppt PABS jetzt! Die Schweiz darf kein Erregerhandelsplatz werden

Das ist keine neutrale Moderation, sondern aktive Mitgestaltung. Die Schweiz testet nicht etwa kritisch, ob PABS überhaupt verfassungskonform ist, sie probt im Kleinen schon mal die grosse Pandemie-Börse. Während draussen über die Risiken gestritten wird, bereitet Spiez drinnen die Generalprobe vor.

Und genau deshalb muss klar gesagt werden: **PABS ist kein Vertrag am Rand der Weltpolitik, sondern ein Projekt, das mitten durch die Schweiz läuft. Wer in Spiez den Erregerhandel simuliert, macht uns alle zu Spielfiguren in einem abgründigen Hochrisiko-Markt, an dem die meisten von uns nicht profitieren, aber viel verlieren können (Freiheit, Gesundheit, Selbstbestimmung).**